

Freie Wähler im Landkreis Esslingen

Sozialausschuss am 2. März 2023

Sozialbericht 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst bedanke ich mich bei der Kreisverwaltung für die deutlich konkretere Beratungsvorlage, die eine gute Basis für eine breite Diskussion ist. Es war richtig, diesen TOP zu vertagen. Wir haben uns intensiv mit der Sozialpolitik im Landkreis Esslingen beschäftigt. Ich möchte jetzt einige grundsätzliche Überlegungen zu unseren Arbeitsschwerpunkten entwickeln.

Unser Grundgedanke: Sozialpolitik muss ausgewogen und auf Dauer angelegt sein.

1. Solidarsystem Soziale Sicherung

Der Landkreis Esslingen gab 2017 rund 285 Mio. € und 2021 rund 325,4 Mio. € für die Soziale Sicherung aus; für 2023 sind rund 358,4 Mio. € eingeplant. Dies bedeutet eine Zunahme von 73,4 Mio. € in 7 Jahren, was rund 8 Punkten Kreisumlage entspricht, sehr viel Geld.

Da ich schon sehr lange Mitglied im Sozialausschuss bin, habe ich noch die Zeit erlebt, in der sinnvolle soziale Vorhaben unter dem Diktat der Finanzpolitik verzögert wurden und dieser Ausschuss Vieles erkämpfen musste. Heute ist es grundlegend in manchen Köpfen anders, denn bei der sozialen Sicherung scheint Geld keine Rolle mehr zu spielen.

Aber, Solidarität in unserer Gesellschaft ist keine Einbahnstraße. In vielen Fällen besteht unbestreitbar Unterstützungsbedarf und es ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal unserer Gesellschaft, dass Hilfsbedürftige auch Hilfe erhalten.

Wir dürfen das System jedoch nicht nur aus der Sicht der Begünstigten denken, sondern genauso aus Sicht der Bürger*innen, die alles mit ihren Steuergeldern finanzieren und es ist falsch den Menschen vorzugaukeln, man müsse nur ein paar Superreiche höher besteuern. Das meiste Geld bringen die normalen Menschen auf, die ihrerseits durch hohe Mieten und Energiekosten, Inflation oder steigende Bauzinsen belastet sind und die Kindergartengebühren selbst bezahlen müssen.

Dabei ist mir bewusst, dass nur ein geringer Anteil der sozialen Leistungen der Verantwortung dieses Ausschusses unterliegt. Die allermeisten Leistungen sind durch Bundes- und Landesrecht geregelt. Deshalb sollte die Politik auch den Mut haben, nein zu sagen.

Der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Matthias Dombert hat in einem jüngst veröffentlichten Artikel auf die faktische Aushebelung des Konnexitätsprinzips aufgrund des im Rahmen der Föderalismusreform beschlossenen „strikten Durchgriffverbots“ des Bundes auf die Kommunen hingewiesen. Der Bund schafft mit Bundesgesetzen kostenträchtige Aufgabenstandards, deren Organisation, Administration und Finanzierung mangels verfassungsrechtlicher Regelungen in den Ländern weitgehend von den Kommunen zu schultern sind.

Hinzukommt der aktuelle Personalmangel in allen Branchen. Unerfüllbare Rechtsansprüche sorgen nur für Frustration bei allen Beteiligten und helfen am Ende nicht weiter. Neben den finanziellen Auswirkungen müssen deshalb Leistungen auf Dauer tatsächlich erbracht werden. Dies entspricht immer weniger den tatsächlichen Lebensverhältnissen.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns intensiv mit den Schwerpunkten der Sozialpolitik der Jahre beschäftigt und kommen zum Ergebnis, dass zuerst die Pflichtleistungen zuverlässig angeboten werden müssen und danach die ergänzenden Leistungen kommen.

2. Kinderbetreuung

Wir haben eine Rettungsaktion „Kinderbetreuung“ beantragt und der JHA hat am 24. Februar 2022 die Kreisverwaltung mit einem integrierten Planungsprozess unter Einbezug eines Beratungsinstituts beauftragt. Hier stellen wir die Frage nach dem aktuellen Sachstand.

Die Kreisverwaltung hat in der letzten Sitzung des Gemeindegemeinschafts-Kreisverbands Esslingen alarmierende Zahlen vorgestellt:

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Esslingen haben von 2010 bis 2022 4.268 zusätzliche Betreuungsplätze für 3.715 Kinder geschaffen. Insgesamt gibt es in 473 Kinderbetreuungseinrichtungen mit 1.274 Gruppen bzw. 393 Plätzen in der Kindertagespflege. Die Kreisverwaltung geht dennoch davon aus, dass 2022 ca. 4.000 Kinder ohne Betreuungsplatz sind.

Laut Statistischem Landesamt hat sich von 2007 bis 2021 die Zahl des pädagogischen Personals in der Kinderbetreuung um 113,8% vermehrt, also mehr als verdoppelt. Aufgrund der hohen Personalschlüssel hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der genehmigten Plätze nur um 22,5% und die Zahl der betreuten Kinder um 20% erhöht. Hierzu bitten wir die Kreisverwaltung um einen Sachstandsbericht, aus dem auch das laufende kommunale Defizit hervorgeht.

Deshalb hat für uns FREIE WÄHLER im Handlungsfeld „Familie und Jugend, außerschulische Bildung“ die Erfüllung der Rechtsansprüche und der Abbau von Wartelisten höchste Priorität. Schwerpunkte sind einerseits die Vereinbarkeit von Schule und Beruf für alle Eltern und andererseits die frühe, zielgenaue Förderung von benachteiligten Kinder. Das aktuelle Vergabesystem benachteiligt Kinder aus bildungsfernen Familien, die oft noch eine traditionelle Rollenverteilung bei der Erziehung haben. Eine frühe Förderung eröffnet Bildungschancen und bekämpft Kinderarmut.

3. Unterbringung und Integration der Geflüchteten

Die Unterbringung und Integration der Geflüchteten ist eine Daueraufgabe, die Kreis- und Kommunalverwaltungen massiv belasten. Im Landkreis wurden 2022 8.800 Flüchtlinge aus der Ukraine und 6.900 Asylsuchende aufgenommen, für 2023 rechnet die Kreisverwaltung mit 1.500 Personen aus der Ukraine und 1.100 Flüchtlingen aus anderen Herkunftsländern.

Problematisch ist die Unterbringung, denn Wohnraum ist im Landkreis Esslingen ein knappes Gut und als Kommunen verschärfen wir mit der Anmietung von Wohnungen die allgemeinen Engpässe. Container sind keine Dauerlösung und der Bau von Wohnungen dauert. Die Landesförderung geht an den kommunalen Bedürfnissen vorbei, da Altbauten nicht bezuschusst werden Die Belegung von Stadt- und Sporthallen darf nur ultima ratio sein. Hinzukommen die enormen Herausforderungen bei der Integration, die weitgehend vom Landkreis und den Kommunen zu schultern sind.

Der Flüchtlingsgipfel war eine große Enttäuschung und die Weigerung von Kanzler Scholz dieses Thema zur Chefsache zu machen, er die Stimmungslage im Land unterschätzt. Wir FREIEN WÄHLER sehen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise einen weiteren Themenschwerpunkt.

4. Ambulante und Stationäre Pflege

Bereits bei der Haushaltsberatung 2022 haben wir auf die erheblichen Probleme bei den Angeboten für die ambulante und stationäre Pflege hingewiesen. Die Kreisverwaltung hat umfassend Stellung genommen. Der Sozialbericht 2021 weist aktuell auf deutlich steigende Zahlen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderungen, bei der ambulanten und stationären Pflege auf deutlich steigende Kosten bei gleichbleibenden Fallzahlen hin.

Für uns FREIEN WÄHLER ist nicht erkennbar, welche Aktivitäten die Kreisverwaltung zur Lösung der erheblichen Probleme bislang unternommen hat und beantragen deshalb einen erneuten Bericht.

5. Hausärztliche Versorgung

Eine gute und sichere hausärztliche Versorgung ist für die meisten Kreiseinwohner von großer Bedeutung. Der Landkreis darf nicht nur mit dem Finger auf andere zeigen, sondern muss die Lage aktiv verbessern. Deshalb sind wir zufrieden, dass der Kreistag am Ende unseren Antrag doch zugestimmt hat und am 6. April 2023 eine Auftaktveranstaltung dazu stattfindet.